

Kohle aus Kolumbien: Ein Geschäft mit permanenten Menschenrechtsverletzungen

Das große Geschäft mit der Kohle in Kolumbien findet unter Bedingungen vielfältiger Menschenrechtsverletzungen statt. Derzeit zeigen sich in Regionen wie der Guajira, Cesar und Magdalena diese Menschenrechtsverletzungen. Als Teil des Gesprächs (im Abgeordnetenhaus) soll darüber informiert werden, was sich in Cesar und Magdalena derzeit ereignet.

In diesen Departamentos wird die Kohleförderung vor allem von den Unternehmen *Drummond* und *Glencore* betrieben, gemeinsam sind ihnen die Bedingungen, unter denen die Förderung stattfindet: **Schwere Umweltverschmutzungen** und zusätzlich eine offene **Nicht-Einhaltung von gerichtlichen Verfügungen**.



Die Konsequenzen der Umweltverschmutzung sind hinlänglich bekannt. 2010 erließ die kolumbianische Regierung eine beispiellose Anordnung im Departement Cesar: Sie wies die Unternehmen *Drummond* und *Glencore* an, die **“unfreiwillige Umsiedlung”** von drei Gemeinden (Plan Bonito, Hatillo und Boquerón) umzusetzen. Sie leben in direkter Umgebung der Bergbauaktivitäten und die dadurch entstandene Luftverschmutzung hat einen Grad erreicht, der nicht mehr mit der menschlichen Gesundheit vereinbar ist.

Die Anordnung von “unfreiwilligen Umsiedlungen” demonstriert in Wirklichkeit eine neue Art der Zwangsvertreibung in Kolumbien, nun nicht mehr aufgrund des bewaffneten Konflikts, sondern aufgrund von extraktiven Projekten.

Trotzdem haben die Unternehmen Drummond und Glencore in den letzten sieben Jahren seit der Anordnung der Regierung ihre Geschäfte weiter vorangetrieben und damit auch die Umweltverschmutzung der Region.

Keiner der Umsiedlungsprozesse hat sich in Richtung eines effektiven Schutzes der Gemeinden entwickelt. Heute sticht vor allem die Abwesenheit von erforderlichen Maßnahmen hervor, die den Gemeinden ein würdiges Leben während ihrer Umsiedlung sichern könnten. Währenddessen geht der Kohleabbau und die Kontamination der Umwelt weiter und vertieft die Schäden auf dem Land der Gemeinden, verschärft die prekäre Situation der Gemeinden, deren Rechte auf Gesundheit, eine gesunde Umwelt, Wasser und Ernährung permanent verletzt werden.

Damit zeigt die Entscheidung des Staates für eine Umsiedlung, die weit davon entfernt ist, eine wirksame Maßnahme zum Schutz Gemeinden zu sein, das Ausmaß der Fahrlässigkeit mit der Kohleabbau weiter betrieben wird.

In Bezug auf die **Umweltverschmutzung** fand Tierra Digna heraus¹, dass bereits 2013 das kolumbianische Verfassungsgericht mit dem Urteil T-154/13 der Regierung gegenüber anordnete, innerhalb von drei Monaten die gesetzlichen Regelungen und die Grenzwerte für die Kontamination, ausgelöst etwa durch Kohlebergbau-Aktivitäten, den empfohlenen Standards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) **anzupassen**. Die Anpassung wurde bisher nicht vorgenommen.

2016 genehmigte die Regierung, mittels der Behörde für die Vergabe von Umweltlizenzen (ANLA) die Ausweitung der Kohlebergbau-Aktivitäten von *Drummond* und *Glencore*. Dies entsprechend des Antrags der Unternehmen.(...) *Dabei wurde eine Verschmutzungsregelung angewandt, deren Modifizierung das Gericht bereits drei Jahre zuvor gefordert hatte. Sie zeigten dabei eine völlige Gleichgültigkeit der Tatsache gegenüber, dass sie mit der Erweiterungsgehemigung zu einer Verschmutzung beitragen könnten, die einer **schäferen Kontrolle unterworfen** sein sollte.*

Die ausgeweiteten Aktivitäten haben eine Laufzeit von 30 Jahren, das bedeutet, die Unternehmen können die nächsten 30 Jahre Cesar weiterhin verschmutzen. Diese Situation macht deutlich, dass die Anpassung der Abbaulizenzen von *Drummond* und *Glencore*, in offensichtlicher Missachtung der Entscheidung des Verfassungsgerichtes erfolgte.

Die kolumbianische Regierung, *Drummond* und *Glencore* betreiben die Ausweitung der Bergbauaktivitäten also in dem Wissen, dass die Bedingungen, unter denen dies stattfindet, grundlegende Rechte der Gemeinden in den Regionen missachtet. **Das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten in diesem Verfahren ist nicht irrelevant und sollte nicht UNTERSCHÄTZT werden.**

Das Problem sind nicht nur Unregelmäßigkeiten bei der Kontrolle der **Luftverschmutzung**. Die Unregelmäßigkeiten zeigen sich ebenfalls im Fehlen einer angemessenen Untersuchung der **Auswirkungen insgesamt** seitens der Regierung, die im Vorfeld der

¹ <http://tierradigna.net/pdfs/informe-carbon.pdf>

Erteilung und/oder Verlängerung einer Abbaulizenz erbracht werden sollte. Es existieren **Auswirkungen/Schäden**, die nicht untersucht werden in Hinblick auf Klimaschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen zum Schutz der ansässigen Gemeinden. Bis heute werden weder von den Minen im Cesar noch von den Häfen in Magdalena Messungen vorgelegt, die die Auswirkungen auf Wasser, Boden oder Biodiversität und den Zusammenhang zu den betroffenen lokalen Gemeinden aufzeigten.

Die Auswirkungen auf die Rechte der Gemeinden, wie das Recht auf würdigen Verbleib auf dem Territorium, das Recht in einer gesunden Umwelt zu leben, Zugang zu Wasser zu haben, sich angemessen ernähren zu können, den Schutz des Staates zu genießen – all dies hängt auf engste zusammen mit den Möglichkeiten, einen dauerhaften und stabilen Frieden in Kolumbien zu schaffen. Deshalb sind die Menschenrechts- und Umweltvergehen, die die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen mit sich bringen, etwa zu sehen in den Departamentos Cesar und Magdalena, eine Gefahr für den Frieden und müssen heute, mehr denn je, beendet werden.

Darüber hinaus sind auch die Verteidiger*innen des Landes / Landrechtsaktivist*innen gefährdet. Im letzten Jahr wurden in Kolumbien 80 Morde an sozialen Führungspersonen erfasst. „Soziale Führungspersonen“ werden definiert als „Führungspersönlichkeiten, die als Friedenspädagog*innen, Verteidiger*innen der Umwelt, Gegner*innen von Aktivitäten wie Bergbau und Drogenanbau oder für Landrechte“ engagiert waren (siehe Programm „Wir sind Verteidiger*innen von Kolumbien“)². Zwei der Führungspersonen wurden kürzlich in Cesar ermordet. Dies hat unter den anderen Führungspersönlichkeiten, die sich in dem Departament für den Schutz der Umwelt einsetzen sich den extraktiven Aktivitäten in der Region widersetzen, Angst ausgelöst.

Ein Mitglied von Tierra Digna befindet sich derzeit im Ausland, im Rahmen eines EU-geförderten Programms zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Menschenrechtspolitik (CAHR) der Universität York. Grund ist die Zunahme von sicherheitsrelevanten Vorfällen gegen die Person.

Schließlich macht das aufgezeigte Panorama den eklatanten Widerspruch deutlich zwischen den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen und der Entscheidung, die Ausbeutung der Kohle noch auszuweiten – womit Kolumbien den Klimawandel weiter vorantreibt. Anstatt sich dafür zu entscheiden, nach und nach die Energiewende voranzubringen, hin zu sauberen und erneuerbaren Energien, die ohne Menschenrechtsverletzungen gewonnen werden, hat Kolumbien den Abbau von Kohle weiter forciert. Kohle, die z.B. in Berlin 15 % des Materials ausmacht, das Vattenfall für die Energieproduktion verfeuert. Der ausgeweitete Abbau begünstigt die beteiligten Unternehmen, die die Kohle in andere Länder exportieren, wo sie verfeuert wird und dort zu vermehrtem Ausstoß von Treibhausgasen führt, wobei ja eigentlich Treibhausgase reduziert werden sollen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie in Ihrer Funktion als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses:

- 1) **Fordern Sie** die Käufer in Deutschland dazu auf, auf den Kauf kolumbianischer Kohle zu verzichten,
- 2) **Klären Sie auf**, in welchem Ausmaß deutsche Unternehmen als Käufer kolumbianischer Kohle verantwortlich gemacht werden können für begangene Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien,
- 3) **Unterstützen/ ermutigen Sie** die kolumbianische Regierung,
 - 3.1) die Rechtsstaatlichkeit zu respektieren und die Gerichtsbeschlüsse umzusetzen, insbesondere das Urteil T-154-13, das die Kohlebergbau-Aktivitäten reguliert
 - 3.2) sich davon zu distanzieren, weiter Bergbauprojekte in Regionen voranzutreiben und zu genehmigen, wo eine weitere Verschärfung der Umweltbelastungen droht oder bereits ein hohes Maß an Kontamination vorhanden ist,
 - 3.3) sicherzustellen, dass die Unternehmen im Rahmen ihrer Tätigkeiten die Menschenrechte achten,
 - 3.4) die von Kohlebergbau betroffenen Gemeinden in ihren Rechten zu schützen, durch geeignete Maßnahmen, die das alltägliche Leben erleichtern,
 - 3.5) Garantien zu bieten für Personen und die sie begleitenden Organisationen, um ihre Rechte zu verteidigen,
 - 3.6) ernsthafte und umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um die Verpflichtungen gegenüber der Klimagerechtigkeit zu erfüllen.

² <http://www.semana.com/nacion/articulo/los-13-lideres-asesinados-despues-de-la-firma-del-acuerdo-de-paz/493528>